



**Protokoll der 14. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 28. Oktober 2020, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Elio Bohner

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Stefan Geiges, Gemeinderat Thomas Gemperle, Gemeinderat Peter Hausammann, Gemeinderätin Sandra Kern

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

- - -

Traktanden

- 68 Mitteilungen
- 69 Protokoll der 13. Sitzung vom 16. September 2020
- 70 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023 (Nachfolge von Nina Thoma, Fraktion CH/GP/GLP)
- 71 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023 (Nachfolge von Olivia Bolli, Fraktion CH/GP/GLP)
- 72 Fragestunde mit dem Kinder- und Gemeinderat

- - -

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Herren und Damen Stadträte, Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter: An unserer letzten Sitzung habe ich auf den nahenden Herbst hingewiesen, die farbenfrohe Jahreszeit. Damit meinte ich nicht die farbigen Masken, welche mich jetzt anstrahlen, mit welchen wir nun im Rat sitzen. Heute Nachmittag wiederum hat der Bundesrat erneut verschärfte Massnahmen und die besondere Lage ausgerufen. Man könnte sagen, sozusagen den Winter ausgerufen. Aus meiner Sicht bedeutet dies aber vor allem, dass wir einmal mehr in die Pflicht genommen werden, unsere Verantwortung wahrzunehmen und Vorsicht walten zu lassen. Am Schluss haben wir es als Gesellschaft in der Hand, dass diese Massnahmen baldmöglichst wieder abgeschwächt werden können. Konkret zu dieser Massnahme mit den Masken noch eine kurze Erklärung: Mir persönlich war es extrem wichtig, dass wir darauf verzichten können, erneut die Öffentlichkeit auszuschliessen, denn das wäre die Konsequenz gewesen, wenn wir auf eine Maske verzichten wollten. Deshalb habe ich mich für die Maske entschieden.

Trotz allem möchte ich, dass wir die heutige Sitzung durchführen können und freue mich auf die vielzähligen Fragen, welche eingereicht wurden. Genauso freue ich mich auch, dass wir hier vier im Rat selten anzutreffende Gesichter dabei haben, das sind die Mitglieder des Kinderrats: Antje Kienast, Julius Freienmuth, Luca Seier und Meret Kissling.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgten Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 35 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Art. 23 b des Geschäftsreglements des Gemeinderats zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung?

Gemeinderat Sandro Erné (FDP): Geschätzter Gemeinderat, ich möchte beliebt machen, dass wir heute auf das Herunterlesen der Fragen verzichten. Wir haben diese zugesandt bekommen. Es würde das ganze beschleunigen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Meine Idee war es tatsächlich, auf das Vorlesen der Fragen durch die Gemeinderäte zu verzichten. Ich würde die Fragen vorlesen, weil wir auch Gäste haben, die die Fragen nicht kennen. Falls es dann ergänzende Fragen gäbe, wäre es trotzdem erlaubt, das Wort zu ergreifen. Selbstverständlich ist der Kinderrat von dieser Regelung ausgenommen. Ich werde Sie aber später erneut hierzu befragen, weil dies nicht direkt die effektive Tagesordnung betrifft, ob dies Ihnen so beliebt. Insofern ist die Tagesordnung als solche unbestritten und gilt als stillschweigend genehmigt.

68

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich habe es schon angesprochen, wir haben heute vier Mitglieder des Kinderrats in Begleitung von Andrea Hofmann anwesend. Das sind Antje Kienast, Meret Kissling, Julius Freienmuth und Luca Seier. Ich freue mich, seid ihr hier. Wir haben folgende parlamentarischen Vorstösse, welche eingereicht wurden:

1. Einfache Anfrage der Gemeinderätinnen Anita Bernhard-Ott und Salome Scheiben mit dem Titel «Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Pflegepersonals des AZP und der Spitex Region Frauenfeld»;
2. Einfache Anfrage von Gemeinderat Peter Hausammann mit dem Titel «Probleme und Mehrkosten bei der Berufsbeistandschaft»;

3. Einfache Anfrage von Gemeinderat Michael Pöll mit dem Titel «Gleich lange Spiesse für Strom und Gas als Energieträger»;
4. Einfache Anfrage der Gemeinderäte Anita Bernhard-Ott, Annina Villiger Wirth, Roland Wetli und Roman Fischer mit dem Titel «Belebung der Stadt durch Abbau von Hindernissen».
5. Mit Beschluss Nr. 51 vom 20. Oktober 2020 wurde Hanspeter Gubler als Nachfolger von Gemeinderat Thomas Gemperle für den Rest der Legislatur 2019 bis 2023 ab dem 1. November 2020 vom Stadtrat als gewählt erklärt. Hierzu noch kurz eine Erklärung von und gegenüber Thomas Gemperle. Es wäre seine letzte Sitzung gewesen, er hat sich heute sehr kurzfristig abmelden müssen. Die Sitzung muss ohne ihn stattfinden. Es gibt aber gute Neuigkeiten. Er und seine Frau durften heute ihren zweiten Sohn auf der Welt begrüßen. Ich darf im Namen von Thomas verkünden, dass die gesamte Familie wohlauf ist und möchte an dieser Stelle meine herzlichen Glückwünsche an die Familie in Abwesenheit aussprechen. Auch in Abwesenheit, das möchte ich nicht unterlassen, möchte ich Thomas für seine grosse Arbeit im Rat danken und dabei auch seine Mitarbeit in der GPK sowie seine Hingabe zu Details, welche meist in Budgetdebatten zum Tragen kam, hervorheben. Für seine Zukunft wünsche ich ihm und seiner Familie nur das Beste und viel Erfolg und Freude in seinen Vorhaben.
6. Mit der Botschaft Nr. 16 vom 15. September 2020 beantragt der Stadtrat einen Kredit von 1.2 Mio. Franken für den Neubau einer Tierkörpersammelstelle auf der Parzelle Nr. 61581 neben der Abwasserreinigungsanlage des Abwasserverbands Region Frauenfeld.
7. Mit der Botschaft Nr. 17 vom 20. Oktober 2020 legt der Stadtrat das Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2021 vor.
8. Mit Beschluss Nr. 253 vom 20. Oktober 2020 beantwortet der Stadtrat die einfache Anfrage «Was darf welche Kultur kosten?» von Gemeinderat Romeo Küng.
9. Am 5. Oktober 2020 ist die Referendumsfrist betreffend «Änderung von Art. 11 Abs. 1 des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum» ungenutzt verstrichen.

69

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 16. SEPTEMBER 2020

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Das Protokoll der letzten Sitzung vom 16. September wurde am 28. September 2020 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind keine Änderungswünsche oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom 16. September 2020 gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

70

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON NINA THOMA, FRAKTION CH/GP/GLP)

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit ihrem Schreiben an den Stadtrat gab Nina Thoma ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro bekannt. Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin von Frau Thoma.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir schlagen Ihnen Herrn Mattia Salvi, wohnhaft an der Langwiesenstrasse 6 in Frauenfeld, Student an der Uni Zürich zur Nachfolge vor.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Mattia Salvi wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Somit ist Mattia Salvi einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt. Ich gratuliere ihm und wünsche ihm viel Freude beim Ausüben des Amts.

71

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON OLIVIA BOLLI, FRAKTION CH/GP/GLP)

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit ihrem Schreiben an den Stadtrat gab Frau Olivia Bolli ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro bekannt.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Für die zweite vakante Stelle schlagen wir Ihnen Herrn Mario Bolli, wohnhaft an der Erlenstrasse 9 in Frauenfeld, ebenfalls Student an der Uni Zürich zur Wahl vor. Ich wünsche auch ihm, wenn er dann gewählt wird, dass er seine Verantwortung, die ja in diesem Amt, wie wir jetzt gelernt haben, trotzdem drinsteckt, redlich wahrnimmt.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Vorgeschlagen ist Mario Bolli. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen wiederum vor, die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Mario Bolli wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich gratuliere Mario Bolli zur Wahl und wünsche ihm viel Freude beim Ausüben des Amts.

72

FRAGESTUNDE MIT DEM KINDER- UND DEM GEMEINDERAT

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Gemäss Art. 47 Abs. 2 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat sind innerhalb der ordentlichen Frist 26 Fragen eingegangen. Sie werden vom Stadtrat in der Reihenfolge gemäss Beschluss Nr. 252 des Stadtrats beantwortet. Diesen haben Sie erhalten. Zusätzlich haben wir vorab vier Fragen vom Kinderrat erhalten. Auch diese wird der Stadtrat beantworten. Nach der Beantwortung der Fragen aus dem Kinderrat werde ich die Mitglieder des Kinderrats verabschieden, bevor wir mit den Fragen des Gemeinderats weiterfahren. Wie bereits angesprochen, schlage ich vor, dass ich die Fragen im Namen des jeweiligen Gemeinderats vorlese. Dies um Zeit zu sparen, das Infektionsrisiko zu mindern und auch um ein «Gläuf» zu verhindern. Nach der Beantwortung durch den entsprechenden Stadtrat hat die fragstellende Person selbstverständlich die Möglichkeit, gemäss Art. 47 Abs. 3 des Geschäftsreglements eine Ergänzungsfrage zu stellen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe keine opponierenden Hände, demnach machen wir das so. Wir beginnen mit dem Kinderrat.

Meret Kissling: Ich wohne in der Nähe eines Waldes, daher spiele ich auch oft in einem Wald. Mir ist aufgefallen, dass sehr viel Abfall herumliegt, daher möchte ich fragen, was die Stadt dagegen unternimmt.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Geschätzte Mitglieder des Kinderrats, ich freue mich natürlich, dass ich gleich drei Fragen von euch beantworten darf. Ich war als Kind auch immer neugierig, was in der Politik geht. Noch etwas vorneweg: Meine Stimme ist heiser, ich kann Sie aber beruhigen, ich habe gestern Mittag das negative Testresultat erhalten. Wir hätten sonst sechs Mitglieder weniger hier drin, weil wir am Samstag zusammen in einer Sitzung sassen. Aber die Maske tragen und sprechen kann Heiserkeit und trockenen Husten auslösen, was Symptome von Corona sind. Nicht, dass gedacht wird, Stadtrat Elliker mache etwas, was die Gesundheit des Gemeindeforts gefährdet. Aber jetzt zur Antwort auf die Frage. Ich danke vielmals für diese Frage, denn Waldparzellen liegen mir persönlich wie auch dem ganzen Stadtrat am Herzen. Die Stadt reinigt die Waldparzellen an gewissen Orten, zum Beispiel im Birkenwäldli oder Murg-Auen-Park, aber in Frauenfeld gibt es 431 verschiedene Waldeigentümer. Und eigentlich sind die Eigentümer, also die Besitzer des Waldes zuständig für die Waldreinigung. Aber es ist sehr schön, wenn es den Kindern auffällt. Wir machen auch Projekte mit Schulen, Vereinen, privaten Organisationen, um Säuberungen, also Abfallsammlungen im Wald vorzunehmen. Dies koordiniert der Werkhof. Gern nimmt der Werkhof auch von Schulklassen solche Aktionen entgegen und es freut mich wirklich sehr, dass man daran denkt und auch ein Auge darauf wirft. Die Kinder sehen das meist noch besser als Erwachsene, weil sie sich dessen bewusst sind. Danke für diese Frage.

Julius Freienmuth: Ich wohne in der Altstadt und mir ist aufgefallen, dass seit es die Zigarettengitter beim Schlossberg und in der Altstadt gibt, dort viel weniger Zigarettensammel sind. Ich möchte fragen, ob noch mehr geplant sind.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Danke auch für diese Frage. Kinder werden abgeschreckt vom Rauchen. Das ist schön, dass die Kinder das sehen und mitbekommen. Wir haben diese zwei Gitter, die du erwähnt hast, Julius. Der Werkhof schaut dies von Zeit zu Zeit an, ob das an einem Ort angezeigt ist. Die Werkhofmitarbeiter stellen aber auch fest, dass es nicht immer eine grosse Verbesserung ist. Wenn es dir aufgefallen ist, ist das schön. Die Rückmeldungen des Werkhofs sind, dass es nicht wirklich viel besser ist. Aber an einem Ort, wo es viel hat, wird es von Ort zu Ort und von Situation zu Situation geprüft. Es ist aber zurzeit kein neues Gitter geplant. Aber wenn irgendwo mal eine Menge von Zigarettensammel da ist, kann man das dem Werkhof melden und dann wird das vor Ort angeschaut. Danke auch für diese Frage.

Antje Kienast: Ich war letztes Jahr und dieses Jahr im Zirkus und jedes Mal mussten sie vor der Vorführung Werbung laufen lassen, damit sie ein bisschen mehr Geld verdienen konnten. Das machte aber die Atmosphäre ein bisschen kaputt. Daher möchte ich fragen, ob man vielleicht den Zirkus ein bisschen unterstützen könnte.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Danke vielmals Antje für diese Frage. Zirkusse sind wirklich etwas Schönes, da kann ich mich selber gut daran erinnern. Wenn ein Zirkus ins Dorf gekommen ist, dann war immer ein «Chäferfäscht». Ich mag mich sogar an den Zirkus Knie erinnern, als ich mal als Geburtstagsgeschenk dorthin durfte, und dann hat der bekannte Emil alle Geburtstagskinder in die Manege gerufen und ich durfte dann Leu spielen. Also schon damals etwas frauenfelderisch. Die Zirkusse sind Unternehmen. Je nachdem ein kleines Unternehmen wie der Zirkus Stey oder ein sehr grosses Unternehmen wie der Zirkus Knie. Sie müssen selber Einnahmen generieren, damit sie über die Runden kommen. Das machen sie mit Eintritt, das machen sie mit Werbung oder mit Sponsoring, mit ganz verschiedenen Sachen. Es gibt einen Zirkus, der ein bisschen Wurzeln bei uns hat, das ist der Zirkus Knie. Die Familie Knie ist Bürger von Gerlikon. Das weiss man nicht, aber das ist so. Die sind mal aus dem Österreichischen eingewandert und haben sich in Gerlikon einbürgern lassen, sind also sozusagen Frauen-

felderinnen und Frauenfelder. Aber eben, weil sie eigenständige Unternehmen sind, bekommen sie nicht viel öffentliche Unterstützung. Sie haben auch keine Anträge bei uns für solches gestellt. Aber was wir machen, wir behandeln sie zuvorkommend, denn sie brauchen ja Platz. Am liebsten brauchen sie den Platz mitten in der Stadt und am besten dort, wo sonst Autos parkieren. Wir geben ihnen diesen Platz und wir verlangen zwar ein bisschen Miete, aber nie so viel wie das, was die Autos, die sonst dort stehen, bezahlen würden. Wir machen da also ein bisschen etwas für sie. Und wir machen auch Werbung für sie, gerade mit dem Zirkus Stey, ich weiss nicht, ob du das gesehen hast. Wir haben einen Wettbewerb gemacht, bei dem man Billette gewinnen konnte, das war eine schöne Angelegenheit. Mir ist aufgefallen, dass alle sehr bunt angezogen waren, deshalb habe ich mich extra heute auch etwas bunter angezogen als sonst.

Luca Seier: Ich fahre sehr gern und sehr viel Velo und auch viel in der Stadt. Mir ist aufgefallen, dass es sehr wenig Velowege in Frauenfeld gibt. Da ist meine Frage: Sollte noch etwas gemacht werden, damit es mehr werden? Oder ist noch etwas in Planung?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Geschätzter Luca, gern beantworte ich auch deine Frage. Es ist auch schön, dass du gern Velo fährst. Aktivität ist wichtig für die Kinder. Bewegung ist wichtig. Ich habe deine Frage bekommen, die fachlich sehr gut ist. Aber mein Angebot an den Kinderrat ist, ich komme vorbei und stelle euch mal die Velowege vor, die wir in Frauenfeld haben, was geplant ist und wie das in Zukunft geplant wird, wie die Stadt das macht, wieso sie es so macht. Ich komme mit einer Karte vorbei und kann es euch erklären. Wenn das für dich und den Kinderrat so stimmt, darf Andrea Hofmann mit Absprache meiner Stadtratskollegen mich gern einladen, um das vertieft mit euch zu besprechen und anzuschauen. Ich nehme auch den Verantwortlichen mit, der das Fuss- und Velokonzept begleitet hat, was die Gemeinderäte in der Vernehmlassung hatten, dann können wir gern diese Anmerkung auch noch aufnehmen. Wie schon gesagt, die Kinder sehen es durch eine andere Brille als Erwachsene. Danke für die Anfrage. Einfach an den Kinderrat: Das Departement Bau und Verkehr ist offen. Danke.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Dem glücklichen Lächeln entnehme ich, dass dieses Angebot sehr gern angenommen wird. Vielen herzlichen Dank für eure spannenden und wichtigen Fragen. Euer engagiertes und mutiges Mitmachen bei der heutigen Fragestunde ist vorbildlich. Ihr habt das ganz toll gemacht und ihr habt einen Applaus verdient. Und noch etwas Kleines, dafür komme ich nach vorne. Ich wünsche euch aber jetzt schon für das Protokoll einen ganz schönen Abend.

Wir fahren weiter mit der Fragestunde des Gemeinderats. Wie vorhin besprochen, werde ich die Fragen im Namen des jeweiligen Gemeinderats vorlesen. Die Antwort des Stadtrats wird dann gegeben. Falls Sie das Bedürfnis haben, eine Anschlussfrage oder eine klärende Frage zu stellen, bitte ich Sie, kurz die Hand zu heben.

Frage von Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Sinnvollerweise wird beim Versand der Wahl- und Abstimmungsunterlagen nur eine Person pro Haushalt mit den Erläuterungen, Wahllisten usw. versorgt. Irritierenderweise ist diese Person immer der Mann. Ist der Stadtrat bereit, das System so zu wechseln, dass künftig die Frauen oder allenfalls zufällig ausgewählte Familienmitglieder mit den Zusatzunterlagen bedient werden?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Danke vielmals für diese Frage, auf die ich gern Antwort gebe. Es ist korrekt, dass seit rund zehn Jahren aus ökonomischen, aber auch aus ökologischen Gründen nur eine Person pro Haushalt mit den gesamten Abstimmungsunterlagen bedient wird. Dabei wird auf das durch die Einwohnerdienste geführte Merkmal «Haushaltsvorsteherin/Haushaltsvorsteher» abgestützt. Es ist allerdings nicht korrekt, dass das irritierenderweise immer der Mann ist. Das kommt darauf an. Bei Einführung dieses Systems wurde anfänglich bei jeder Abstimmung mit einer separaten Beilage explizit darauf aufmerksam gemacht, dass nur noch eine Person pro Haushalt die Unterlagen künftig erhalten soll und sich Personen bei

Änderungswünschen bezüglich des Merkmals «Haushaltsvorsteher/Haushaltsvorsteherin» bei der Stadt melden können. Sozusagen nach dem Wunschprinzip. Nach ein paar Abstimmungen wurde auf diese Beilage verzichtet und stattdessen wurde der Hinweis auf den Couverts aufgedruckt. Auf den aktuellen Couverts ist kein solcher Hinweis mehr zu finden, man könnte diesen allerdings wieder einführen. Wir müssten allerdings bei der VRSG erst prüfen, ob das möglich ist. Bei Mutationen ist es so, dass das Merkmal «Haushaltsvorsteher/Haushaltsvorsteherin» jener Person zugeteilt ist, welche die Anmeldung bzw. die Umzugsmeldung getätigt hat. Das kann die Frau sein, das kann der Mann sein, bei einer Wohngemeinschaft diejenige Person, die das für die anderen gemacht hat. Einfach die, die zuerst kommt. Die Festlegung der Haushaltsvorsteher-schaft wird also weder einseitig den Männern noch den Frauen zugeteilt. Eine Abkehr von diesem etablierten System ist sehr aufwendig, wäre mit vielen Rückfragen, Unklarheiten oder gar Reklamationen seitens der Stimmberechtigten verbunden. Insofern sieht der Stadtrat keinen aktiven Handlungsbedarf von der Verwaltung aus. Das System ist insofern flexibel, als dass die Stimmberechtigten ihre Änderungswünsche jederzeit bei den Einwohnerdiensten der Stadt anmelden können. Also es gibt immer noch das Wunschprinzip. Man kann also diese Geschichte auch ändern.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Besten Dank für die ausführliche Antwort. Aber das heisst, der Default-Wert ist weiterhin der Mann, wenn ein junges Paar heiratet.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wenn jemand hierherkommt und sich anmeldet, wird diejenige Person, die die Meldung macht, als Haushaltsvorsteher/in geführt. Wenn bei einer Heirat die beiden sich darauf einigen, dass die eine oder die andere Person dieses Merkmal führen soll, einfach bei den Einwohnerdiensten melden und das wird entsprechend berücksichtigt.

Frage von Gemeinderätin Félicie Haueter (SP): Digitaler Versand der Gemeinderatsunterlagen: Mit der aktuellen Legislaturperiode wurde auch die Möglichkeit des digitalen Versands der Ratsunterlagen für Gemeinderatsmitglieder eingeführt. Nun werden aber auch denjenigen Ratsmitgliedern, die sich für den digitalen Versand entschieden haben, immer wieder unnötige und unerwünschte Papierunterlagen zugesandt. Warum ist dies so und wie gedenkt der Stadtrat, dies zukünftig zu vermeiden?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Danke vielmals für die Frage, Gemeinderätin Félicie Haueter. Die Thematik wurde ja ausgelöst durch die Motion «Papierverzicht für Mitglieder des Gemeinderats» von Gemeinderätin Félicie Haueter selber. Vor zwei Jahren wurde sie diskutiert. Schon in der Beantwortung hat der Stadtrat festgestellt, dass die Motionärin beim Stadtrat offene Türen einrennt und wir ja auch einen diesbezüglichen Legislatorschwerpunkt haben. «Frauenfeld nutzt die Chancen der Digitalisierung» lautet dieser Schwerpunkt. Der Stadtrat hatte in der Beantwortung der Motion auch vorgeschlagen, vollständig auf den elektronischen Versand umzustellen. An der Gemeinderatssitzung vom 14. November 2018 hat der Gemeinderat besagte Motion beraten und beschlossen, dass ab 2019 jedes Mitglied zu Beginn der Legislatur angefragt wird, ob es 1. Budgetunterlagen, 2. Rechnungsunterlagen, 3. übrige Unterlagen elektronisch oder auf Papier erhalten will. Die Stadt hat dann Anfang 2019 den Entscheid des Gemeinderats umgesetzt, und von den 40 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten wünschen derzeit 15 vollständig mit Papier, 18 vollständig elektronisch bedient zu werden und weitere 7 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben eine Mischform gewählt, wobei vor allem die umfangreichen Budget- und Rechnungsunterlagen als Papierform gewünscht werden. Zur konkreten Frage, welche wohl primär, so denke ich zumindest, auf den Versand der Hallenbadbotschaft in Papierform an alle Gemeinderäte abzielt: Das wurde im Sinn einer Ausnahme und in der Absicht, dem Gemeinderat einen Service zu bieten, so gemacht. Die Botschaft umfasst 86 Seiten und verfügt über viele farbige Abbildungen und Grafiken. Wir nehmen zur Kenntnis, dass offenbar nicht alle dieses Vorgehen goutiert haben. Ich möchte aber festhalten, dass wir auch dafür Zuspruch bekommen haben von Gemeinderäten, die sonst die übrigen Unterlagen digital erhalten möchten. Sollte der Versand der Unterlagen in anderen Fällen nicht Ihrem deklarierten Wunsch entsprechen, dann dürfen Sie sich sehr gern direkt an den Ratssekretär wenden und ihm das mitteilen.

Frage von Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Es geht um die Arbeitsbelastung im Stadtrat. Wie hat sich die Arbeitsbelastung des Stadtpräsidenten in den letzten Jahren entwickelt? Haben sich die Pensen der Stadtratsmitglieder verändert? Begründung: Bei der Aufteilung der Aufgaben des Stadtrats haben sich in den letzten Jahren Änderungen ergeben oder sind Änderungen geplant (Werkbetriebe, Stadtgärtnerei). Dabei hat sich das Pensum des Stadtpräsidenten bisher nicht verändert. Sind Pensenveränderungen geplant? Oder wie erklärt sich der Stadtpräsident, dass seine Vorgänger mehr Verantwortung hatten mit demselben Lohn?

Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP): Ich gebe diese Antwort im Namen des Stadtrats, auch anstelle des Stadtpräsidenten, aber auch weil die nebenamtlichen Stadträte betroffen sind. Die Besoldung des Stadtpräsidenten und der nebenamtlichen Stadträte ist bekanntlich im entsprechenden Reglement vom 21. August 2013 geregelt. Dieses Reglement wurde vom Volk als direkten Gegenvorschlag zur Initiative «200'000 Franken sind genug» am 24. November 2013 angenommen und trat am 1. Januar 2015 in Kraft.

Die Aussage von Gemeinderat Thomas Gemperle, der aktuelle Stadtpräsident habe denselben Lohn wie sein Vorgänger, ist falsch. Gemeinderat Gemperle war an vorderster Front aktiv für die Initiative und nahm im Gemeinderat am 21. August 2013 auch pointiert Stellung, und ich frage mich eigentlich, warum er diese falsche Behauptung in den Raum stellt. Ich möchte diese richtigstellen. Die richtigen Zahlen können in der Abstimmungsbotschaft vom Jahr 2013 nachgelesen werden. Der frühere Stadtpräsident hatte 253'000 Franken Lohn und 22'000 Franken Spesen. Der amtierende Stadtpräsident hatte bei Amtsantritt 220'000 Franken Lohn und 18'000 Franken Spesen, also rund 15 % weniger Einkommen. Die Verantwortung ist die gleiche geblieben. Die Aufgabengebiete haben sich teilweise geändert, das ist unbestritten. Auf Beginn 2015, also noch unter dem früheren Stadtpräsidenten, gab es eine grössere Reorganisation, zum Beispiel gingen die Werkbetriebe, heute Thurplus, vom Stadtpräsidenten zum Departement Freizeitanlagen und Werke, dafür ging das Amt für Sicherheit von jenem Departement zum Stadtpräsidenten und die Jugendarbeit ging zum Departement für Gesellschaft und Soziales. Das sind Verschiebungen, aber die Führungsspanne des Stadtpräsidenten hat nicht abgenommen und in Krisensituationen ist wie immer der Einsatz des Stadtpräsidenten gefordert. Ich erinnere an die WFAG-Geschichte bis zur Volksabstimmung 2017 oder auch die aktuelle Pandemiesituation. Also die Arbeitsbelastung des Stapi hat nicht abgenommen, gerade auch im Bereich der Kommunikation ist es immer anforderungsreicher, und wenn etwas wie zum Beispiel die aktuelle Liegenschaftenstrategie und Liegenschaftenverwaltung vom Departement Zentrales weggeht, dann ist das eben ehrlicherweise nicht eine grosse Entlastung beim Stadtpräsidenten, sondern eine Zusatzbelastung beim neu dafür verantwortlichen nebenamtlichen Stadtrat. Denn Sie alle hier im Saal wissen bestens, dass bei den städtischen Liegenschaften beispielsweise ein grosser Nachholbedarf besteht. Dieser Bereich wurde in Frauenfeld seit Jahrzehnten stiefmütterlich behandelt. Und darum offen gesagt, hat eben die Arbeitsbelastung der nebenamtlichen Stadträte zugenommen, 200 Prozent reichen an sich nicht mehr. Wir haben neu auch departementsübergreifende Legislatorschwerpunkte. Etwas Gutes, aber auch das braucht Zeit. Und in der aktuellen Corona-Situation war die zeitliche und persönliche Belastung von uns Nebenamtlichen wirklich gross, die Kadenz von Entscheidungen und Sitzungen hat nicht auf das Nebenamt und unsere Arbeitstage Rücksicht genommen, die Zeit reichte da nicht mehr für das «Normale», das spüren wir immer mehr.

Gemäss Art. 2 des Reglements über die Besoldung der Stadträte beträgt das Gesamtpensum der vier nebenamtlichen Mitglieder 200 Prozent, die Aufteilung auf die einzelnen Mitglieder obliegt dem Stadtrat. Die Frage war auch, ob da jetzt anders verteilt wurde. Die Verteilung wurde Anfang der Legislatur vorgenommen. Als wir die Departemente verteilt haben, haben wir auch die Prozente verteilt und haben uns entschieden, dass wir es bis Ende 2020 bei der bisherigen Verteilung belassen. Die Hälfte des Gesamtpensums, also 100 Prozent, verteilen wir zu gleichen Teilen an die vier Nebenamtlichen, also je 25 Prozent und die weiteren 100 Prozent nach Arbeitsbelastung. Das gibt dann verschiedene Pensen: Departement Bau und Verkehr 58 Prozent,

Departement Gesellschaft und Soziales 50 Prozent, Departement Werke, Freizeitanlagen und Sport 48 Prozent und mein Departement Alter und Gesundheit 44 Prozent.

Abschliessend noch eine Bemerkung zur Arbeitszeit. Wenn ich schaue, städtische Mitarbeitende haben eine Bruttoarbeitszeit auf Basis einer 42-Stundenwoche von 2184 Stunden, da gehen Ferien und Feiertage weg, also beträgt die Nettoarbeitszeit etwa 1900 Stunden, bei 50 Prozent wären das 950 Stunden oder jetzt bis Ende Oktober 790 Stunden. Aber ich kann Ihnen sagen, wenn das der Massstab wäre für uns Nebenamtliche, dann wären wir jetzt heute Abend nicht mehr hier, wir wären alle in den Ferien. Ein fürsorglicher Arbeitgeber würde bei gewissen von uns sogar Zwangsferien verordnen.

Ich habe es gesagt, wir haben das Pensum der Nebenamtlichen bis Ende 2020 festgelegt. Wir schreiben intern die Stunden auf, damit wir dann wieder darüber entscheiden können, wie wir das Pensum ab 2021 verteilen, das ist aber ein interner Entscheid. Wir können den dem Gemeinderat sagen, das ist nichts Geheimes, aber wir fällen den Entscheid selber.

Frage von Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Informationspolitik Budget 2021: Wird die Stadt Frauenfeld das Budget 2021 vor dem Start der Referendumsfrist öffentlich machen? Und wenn nein, warum nicht? Begründung: Der Gemeinderat behandelt das Budget normalerweise in der Dezembersitzung des Gemeinderats. Sofern der Gemeinderat dem Budget zustimmt, beginnt die Referendumsfrist am Folgetag zu laufen. Dementsprechend ist es absolut logisch, dass die Bürger vor dem Beginn der Referendumsfrist wissen müssen, was Inhalt der Vorlage ist, um ggf. das Referendum zu ergreifen. Bereits 2019 haben sich daher Bürger bei mir gemeldet, ob sie vor der Gemeinderatssitzung Einblick ins Budget haben können. Der Stadtrat hat die Veröffentlichung des Budgets damals verweigert mit der Begründung, die Detailinformationen seien nur für den Gemeinderat bestimmt. Der damalige Stadtschreiber Limoncelli hat mir wie folgt geantwortet: «Ich gehe davon aus, dass mit Inkrafttreten des Öffentlichkeitsgesetzes der Prozess geändert werden muss.» Dies zeigt, dass das Öffentlichkeitsgesetz gerade in Frauenfeld dringend nötig ist. Abgesehen davon würde ich aber erwarten, dass der Stadtrat als Zeichen einer offenen Informationspolitik und dem Respekt gegenüber den demokratischen Rechten der Bürger bereits dieses Jahr das Budget vor Start der Referendumsfrist öffentlich macht. Die Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und so sollten es auch die Unterlagen sein. Insbesondere bei Beschlüssen, die dem Referendum unterstellt sind.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Gern gebe ich Antwort auf diese Frage. Die Veröffentlichung des Budgets gleichzeitig mit der Medienkonferenz ist technisch gesehen natürlich möglich. Die Geschäftsprüfungskommissionen und im Anschluss der Gemeinderat können Änderungen und Anpassungen des Budgets dann aber in ihren Beratungen beschliessen und diese können je nach Umfang dieser Änderungen erst bis zu zwei Tagen nach der Gemeinderatssitzung aufgeschaltet werden. Das für die Stimmberechtigten massgebliche, dem Referendum unterstehende Budget steht dieses Jahr deshalb spätestens im Lauf des Freitags, 11. Dezember zur Verfügung. Bisher, und wir möchten seitens Stadtrat an sich an dieser Auffassung festhalten, wurde die Auffassung geteilt, dass die Stimmberechtigten nur das für sie massgebliche Budget erhalten, also dasjenige, das der Gemeinderat durchberaten, allenfalls verändert und verabschiedet hat. Verwirrungen zwischen der Version Stadtrat versus Version Gemeinderat können damit verhindert werden, da nur die dem Referendum unterstehende Version dann auch publiziert wird. Würde bereits die Version des Stadtrats auf der Seite aufgeschaltet, ist diese im Anschluss durch die Version des Gemeinderats zu ersetzen, aber der eine oder andere wird das dann schon heruntergeladen haben und das hat dann zur Folge, dass zwei Versionen des Budgets im Umlauf sind, was sich nicht vermeiden liesse und eben zu entsprechender Verwirrung führen kann. Dieser Verwirrung entgegen steht die frühzeitige Information an die Einwohnerschaft, das stimmt, welche es ihnen erlauben würde, sich zu einem früheren Zeitpunkt detailliert mit den Anträgen des Stadtrats auseinanderzusetzen und ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter mit ihren Anliegen oder Fragen zu munitionieren, wenn man dem so sagen darf. Wie gesagt, seitens Stadtrat sind wir der Auffassung, dass wir daran festhalten möchten, das Budget

erst dann zu veröffentlichen, wenn es durch die Beratung durch ist, damit nicht zwei Versionen kursieren.

Frage von Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Geschenke und Einladungen Dritter: Gibt es interne Weisungen für den Stadtrat und die Mitarbeiter der Stadt, in welchem Umfang Geschenke und Einladungen von Dritten angenommen werden dürfen? Sind dem Stadtrat grenzwertige Fälle bekannt oder hat er schon Geschenke oder Einladungen abgelehnt? Begründung: Auf eidgenössischer Ebene gibt es einen Leitfaden für Ratsmitglieder zur Annahme von Vorteilen, welche die Frage beantwortet, ab wann die Annahme von Geschenken oder Einladungen problematisch wird.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wer ein öffentliches Amt bekleidet oder für die Öffentlichkeit tätig ist, darf sich dadurch keine persönlichen Vorteile verschaffen oder auch Dritte bevorzugt behandeln. Das ist ein rechtsstaatlicher Grundsatz, den wir in der Stadt Frauenfeld auch hochhalten. Der Stadtrat und die Mitarbeitenden sind sich dieser Verantwortung bewusst und in der Personalverordnung gibt es eine Regelung für die Angestellten. Dort heisst es unter dem Abschnitt Amtspflichten: «1. Den Angestellten ist es untersagt, für sich oder andere Personen im Zusammenhang mit ihrer dienstlichen Stellung Geschenke oder andere Vorteile zu beanspruchen, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen. 2. Ausnahmen können von der Anstellungsinstanz toleriert werden, solange diese Gaben allgemein üblich sind und zu keinem Missbrauch führen.» Bei den Ausnahmen gilt die auch bei der kantonalen Verwaltung übliche Faustregel, wonach das angenommene Geschenk sich innerhalb eines Tages verzehren oder geniessen lassen können muss. Das ist so die Regelung. Dem Stadtrat sind keine Fälle bekannt bzw. gemeldet worden, wo Geschenke, die diese Faustregel übersteigen, angenommen wurden. Selber war ich einmal Zeuge, wie eine slowakische Delegation einem Regierungsrat eine Magnumflasche Sliwowitz geschenkt hat. Der Regierungsrat hat dann kurz gestockt und gesagt, er wisse nicht, ob er das annehmen dürfe, weil bei uns das gelte, was man an einem Tag verzehren kann, das dürfe man annehmen, was darüber gehe nicht, worauf die Gäste geantwortet haben: «Das lässt sich problemlos an einem Tag geniessen.»

Frage von Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP): Die letzte Sitzung der Spezialkommission 2030 hat am 2. April 2019 stattgefunden. Im entsprechenden Sitzungsprotokoll notierte Robert Scherzinger unter 5. Varia: «Derzeit sind keine weiteren Sitzungen terminiert.» Am 10. Juni habe ich mich erstmals schriftlich bei unserem Stadtpräsidenten betreffend den Status der Spezialkommission 2030 erkundigt. Mittlerweile ist mehr als ein ganzes Jahr ins Land gezogen. Anlässlich der ersten Gemeinderatssitzung nach dem Lockdown erklärte mir der Stadtpräsident mündlich, dass der Stadtrat noch nicht genau wisse, wie es weitergeht und dass das Thema Spezialkommission 2030 noch besprochen werde. In der Zwischenzeit sind wieder vier Monate vergangen. Ich möchte nun definitiv wissen, ob es diese Kommission noch gibt und wenn ja, wie und in welcher Form sie weitergeführt wird oder ob sie, ohne dass die Mitglieder informiert wurden, still beerdigt wurde.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Spezialkommission 2030 ist ja eine vom Stadtrat eingesetzte, begründete Kommission. Es stehen jeder Fraktion drei Mitglieder in dieser Fraktion zu. Sie wurde vor Jahren ins Leben gerufen, um über die sogenannten Schlüsselprojekte der Stadtentwicklung in einem parteiübergreifenden Rahmen zu informieren und Feedbacks dazu zu erhalten. Die Erfahrungen mit der Spezialkommission waren in der letzten Zeit allerdings zwiespältig. Zum einen waren sie auf diese eben sogenannten Schlüsselprojekte der Stadtentwicklung ausgerichtet, die damals hauptsächlich beim Stadtpräsidium angesiedelt waren, heute sind die grossen Stadtentwicklungsthemen nicht mehr Sache eines Departements, sondern sie sind departementsübergreifend. Zum anderen können sich zwar die 15 Mitglieder der Spezialkommission zu den vorgestellten Themen äussern, doch damit ist keine Fraktionsmeinung abgebildet und meistens auch keine Parteimeinung, sodass die Meinungsäusserung lediglich eine Momentaufnahme der anwesenden Personen darstellt. Der Stadtrat legt bei grossen Stadtentwicklungsvorhaben aber Wert auf departementsübergreifende Zusammenarbeit und auf Partizipation von

Bevölkerung, Institutionen und Parteien, und dies kann nicht mehr durch eine Spezialkommission gewährleistet werden. Vielmehr braucht es bei grossen Vorhaben einen intensiveren Einbezug des gesamten Gemeinderats mittels Informationen. Wir haben begonnen, im Anschluss an Gemeinderatssitzungen – nicht an jeder Gemeinderatssitzung, aber an Gemeinderatssitzungen – solche Informationen abzugeben. Es sind öffentliche Informations- und wenn nötig Diskussionsveranstaltungen notwendig und auch Vernehmlassungen. Daher hat der Stadtrat erst kürzlich beschlossen, in Zukunft von der Einberufung der Spezialkommission 2030 abzusehen, wird demnächst den entsprechenden SRB verfassen und den Mitgliedern mitteilen.

Frage von Gemeinderat Ralf Frei (SP): Wann wird der Veloständer beim Seiteneingang des Rathauses endlich vergrössert?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wer den Veloständer beim Seiteneingang des Rathauses kennt - der besteht aus einem überdachten Veloständer und einem nicht überdachten mobilen Veloständer - der sieht, dass er tatsächlich an der Kapazitätsgrenze ist. Das ist das eine. Er oder sie sieht aber auch die beengten Platzverhältnisse neben dem Rathaus, denn die Bodenfläche ist mit diesen zwei Installationen bereits ausgereizt. Links davon ist die Rathausmauer, rechts davon eine Tür zur Remise des Schlosses sowie auch die Aussenbestuhlung der Bürgerstube. Eine Vergrösserung wäre also höchstens in die Höhe machbar, das denke ich allerdings, dürfte für die wenigsten praktisch sein, weil je länger desto mehr Elektrowelos gebraucht werden, und diese dann in die Höhe zu hieven, dürfte doch einigermaßen schwierig sein. Alternative Standorte für weitere Veloständer rund um das Rathaus stehen ebenfalls mangels Platz leider nicht zur Verfügung. Es wird also, wie man so schön sagt, ein bisschen ein Ghetto bleiben. Es tut mir leid, keine bessere Auskunft diesbezüglich geben zu können.

Frage von Gemeinderat Andres Storrer (SVP): Projekt Strategie Smart City Frauenfeld, Steuerung und Digitalisierung: Wie ist der aktuelle Projektstand? Was sind die bisherigen Ergebnisse, Handlungsfelder, Zielvorstellungen?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Zuständigkeit für das Digitalisierungsprojekt war anfänglich im Amt für Standortförderung und Stadtentwicklung, namentlich bei Herrn Robert Scherzinger angesiedelt. Robert Scherzinger hat zum einen das Amt verlassen, zum anderen eine andere Aufgabe in einem anderen Departement, im Departement für Bau und Verkehr eingenommen. Diese Digitalisierungsthematik ist erst Anfang September dieses Jahres durch den Amtsleiter des Amtes für Kommunikation und Wirtschaftsförderung, wie das jetzt neu heisst, wieder besetzt worden. Er hat nach dem Stellenantritt bereits einige Aktivitäten aufgenommen, allerdings auch erst seit zwei Monaten. Er hat die bisherigen Arbeiten gesichtet, er hat Austausch mit den verschiedenen Wissensträgern innerhalb der Stadtverwaltung und in der Stadt St. Gallen geführt, er hat eine Bestandesaufnahme von bereits umgesetzten Lösungen in anderen Städten gemacht, er hat Bestandesaufnahmen der bereits in der Stadtverwaltung eingesetzten Softwarelösungen gemacht und er ist daran, eine Ideensammlung zentral zu führen. Die Handlungsfelder dieses Projekts richten sich nach dem sogenannten Smart City Wheel des Bundesamtes für Energie. Gern dürfen Sie das einmal googlen, Sie sehen, das ist eine gute Zusammenstellung, was alles unter Smart City verstanden werden kann und soll. Dieses wurde in einer Stellungnahme zu einer Einfachen Anfrage aus dem Gemeinderat am 5. Mai bereits detailliert beschrieben. Aufgrund der Erfahrungen anderer Städte soll ein Mitwirkungsprozess definiert werden, der möglichst viele Interessensgruppen miteinbezieht und aus denen dann Massnahmen resultieren. Bei Fragen steht der Amtsleiter den Gemeinderäten sehr gern zur Verfügung. Sie können sich jederzeit an ihn wenden, vielleicht nicht in der Nacht.

Frage von Gemeinderat Alfred Bloch (SP): Es ist erfreulich, wie die Massnahmen der Stadt sich positiv auf die Begegnungszone auswirken. Dies hat zur Folge, dass diese attraktiver und merklich belebter worden ist. Im Gespräch mit Passanten wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass sich der Durchgangsverkehr störend auswirkt. Vor allem für Kinder, die glauben, unbehelligt herumspringen zu können, sind die Autos eine Gefahrenquelle, was mir von einigen

Müttern und Vätern bestätigt wurde. Ich selbst – und ich bin überzeugt, noch viele andere auch – finde es sehr unangenehm, den Espresso so nahe an vorbeifahrenden Autos trinken zu müssen. Ist der Stadtrat bereit, das Verkehrsregime in der Begegnungszone nochmals zu überprüfen und den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen, indem er den Zubringerdienst bis 10 Uhr gestattet und dann die Begegnungszone in eine verkehrsfreie Fussgängerzone umwandelt?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Danke für diese Frage. Die aktuell gültige Regelung entstammt einem politisch ausgehandelten Kompromiss und hat sich grundsätzlich bewährt. Aktuell läuft einerseits das Gesamtbild mit Freiraum Verkehr und Siedlung, das aufeinander abgestimmt werden muss. Weiter gibt es das Projekt MFG, Nachfolgeprojekt NRP, wo bei beiden Aussagen zur Begegnungszone zu erwarten sind. Aktuell hält der Stadtrat an dieser Regelung fest. Man will nicht eine Regelung ändern, wenn man nicht die Veränderung auf das gesamte Netz kennt. Das ist wie bei einem Spinnennetz.

Frage von Gemeinderat Alfred Bloch (SP): Um die Vorschriften des BAG betreffend COVID-19 zu erfüllen, wurde der Wochenmarkt neu positioniert. Nach Gesprächen mit Marktfahrerinnen und Marktfahrern und vielen Kundinnen und Kunden habe ich erfahren, dass die jetzige Anordnung der Marktstände auf grosse Akzeptanz stösst. Und es wurde vielfach der Wunsch geäußert, den Wochenmarkt in der heutigen Form zu belassen. Ist der Stadtrat bereit, diesem vielseitigen Wunsch nachzukommen und den Wochenmarkt endgültig in der heutigen Form zu belassen? Oder hat der Stadtrat noch andere Vorschläge ausgearbeitet? Wenn ja welche? Ich gehe davon aus, dass die zukünftige Form des Wochenmarkts mit den Marktfahrerinnen und Marktfahrern besprochen wird.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Der Werkhof als zuständiges Amt bespricht einmal pro Jahr alle Marktangelegenheiten mit den Markthändlern. Ich durfte diesen Frühling dabei sein. Dort gibt es spannende Diskussionen, aber auch da gibt es verschiedene Ansichten. Der jetzige Corona-bedingte Zustand ist von den Anforderungen her erstrebenswert, kann aber wegen der nötigen BAFU-konformen Installationen grundsätzlich erst bei einer Gesamtsanierung der Promenade angestrebt werden. Teilabstimmung Gesamtbild. Die Eigentums- und Zufahrtsverhältnisse müssen dann auch miteinbezogen werden. Es wird nach Ende der Corona-Pandemie wieder angeschaut, diese ist leider noch nicht in Sicht, muss dann aber nach Rücksprache mit dem Kanton erfolgen, weil der Kanton Liegenschaftsbesitzer und Anstösser am Wochenmarkt nach diesem Regime ist.

Frage von Gemeinderat Christian Mader (EDU): Aufwertung Freiraum: Im Budget 2020 sind stolze 150'000 Franken für die Aufwertung Freiraum eingesetzt. Es sind fünf Projektziele formuliert. Wie ist der Stand der einzelnen Projekte? Wie viel des Budgets wurde dafür benötigt? Wer ist für dieses Projekt zuständig oder verantwortlich?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Verantwortlich als Person ist Robert Scherzinger, er wurde heute schon einmal genannt. Das Budget ist für eine Testplanung zu einem Freiraumkonzept für die Murg reserviert. Die Testplanung soll in die Abstimmung auf die Planung zum Gesamtbild im Frühling 2021 starten. Im Jahr 2020 wurden die Vorgaben und die Rahmenbedingungen in einem Programm für die Testplanung erarbeitet. Darin ist vorgesehen, dass drei interdisziplinäre Planerteams aus den Bereichen Freiraum und Verkehr Massnahmen zu verschiedenen Gewässerabschnitten bearbeiten. Inhaltlich wird die Zugänglichkeit zur Murg für die Menschen, aber auch ausreichend Platz für ausgeprägte Diversität im Vordergrund stehen. Gute Verbindungen und Vernetzungen der Grün- und Freiräume im Stadtgebiet inklusive Murgzuflüsse und die Erschliessung für den Fuss- und Veloverkehr mit neuen Wegen sind Bestandteil der Planung. Noch eine Anmerkung zur Testplanung: Eine Testplanung gibt keine Verpflichtung gegenüber dem Planerteam, sie zukünftig anzustellen und die Planung gehört der Stadt.

Frage von Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP): Parkierungserleichterung für Handwerker/innen: In Frauenfeld besteht heute für Handwerker/innen die Möglichkeit, eine Parkierungs-

bewilligung für ihre Fahrzeuge zur Ausübung ihres Berufs respektive ihrer gewerblichen Tätigkeit in der Stadt zu erwerben. Diese Bewilligung hat jedoch eine maximale Laufzeit von fünf Arbeitstagen. Hat der Stadtrat die Möglichkeit in Erwägung gezogen, den Handwerksbetrieben oder Gewerbetreibenden eine solche Parkierungsbewilligung im Sinn einer Jahreskarte zu ermöglichen? Wenn nein, warum nicht?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Bis vor ca. drei Jahren mussten Gewerbetreibende für jeden einzelnen Tag auf den Polizeiposten, um eine Karte zu lösen. Aufgrund eines Vorstosses im Rahmen der Fachkommission für Verkehr und Mobilität – damals war ich noch Mitglied und nicht Präsident der Kommission – des amtierenden Gemeinderats René können nun Blöcke mit fünf Tageskarten gelöst werden. Ziel ist es, dass den Handwerkern grundsätzlich eine Parkmöglichkeit für ihre berufliche Tätigkeit zugestanden wird. Aber diese soll möglichst kurz und effizient genutzt werden. Einem dauernden Abstellen von Fahrzeugen wird so entgegengewirkt.

Frage von Gemeinderat Michael Pöll (GP): Mit gut einem Jahr Verspätung sind jetzt endlich die Bauarbeiten an den beiden Gebäuden Grabenstrasse 5 und 7 abgeschlossen. Ein Ärgernis ist aber weiterhin der seit vielen Monaten unfertige Platz am oberen Passagenzugang mit den störenden Baustelleninstallationen, dem gesperrten Durchgang zur Rheinstrasse und dem fehlenden Veloabstelldeck. Der Platz ist ein zentraler Dreh- und Angelpunkt für den oberen Zugang in die Passage, für den Weg stadtaufwärts in die Altstadt und für die Abkürzung in die Rheinstrasse. Ich möchte darum den Stadtrat bitten, die beiden Fragen zu beantworten: Ist dem Stadtrat ein Termin bekannt, auf welchen hin die Bauarbeiten am oberen Passagenausgang abgeschlossen sein werden? Hat der Stadtrat eine Handhabe, um solche ewigen Baustellen zu verhindern?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die erste Frage kann ich mit Nein beantworten. Der Stadtrat ist zwar Bewilligungsbehörde und für die Erteilung der Baubewilligungen zuständig, aber auf den Bauablauf hat er keinen Einfluss. Da gibt es noch mehrere Objekte in der Gemeinde Frauenfeld. Da der Kanton keine Bewilligung kennt (Bezug erst nach Fertigstellung der Bauten und Umgebung) ist kein Fertigstellungsdruck vorhanden. Man kann das Postgebäude als Beispiel nehmen und die langwierigen Nachbesserungen des Behinderungsgleichstellungsgesetzes. Ich habe mein Amt angetreten und der damalige Verantwortliche für die Baubewilligung sagte mir: «Die Tafel muss dann wieder an die Post gemacht werden.» Das ist bis heute ausstehend, weil die Baustelle noch nicht fertig abgenommen ist, weil BehiG noch nicht erfüllt ist.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich begrüsse Gemeinderat Ralf Frei, wir sind somit 36 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das absolute Mehr beträgt nun 19.

Frage von Gemeinderätin Severine Hänni (SVP): Da ich immer wieder auf die Problematik bezüglich Verkehr und Gäste im Bereich zwischen Dreieckbar und Peggy's angesprochen werde, möchte ich an der Fragestunde folgende Frage stellen: Gibt es eine Möglichkeit, den Verkehr im Bereich der Metzgerstrasse 1 zwischen Peggy's und Dreieck in den hochfrequentierten Zeiten, vorwiegend Freitag- und Samstagabend, zu reduzieren, beispielsweise mit einer auf diesen Zeitraum begrenzten Strassensperre?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Bei aussergewöhnlichen Ereignissen wie zum Beispiel Fussball-WM/EM wird schon heute Tempo oder Durchfahrt für die Murg- und Metzgerstrasse verunmöglicht. Im Rahmen einer anstehenden Gebietsentwicklung – es soll ein Gestaltungsplan im gesamten Gebiet erstellt werden – wird auch die Verkehrsfunktion der Murg- und Metzgerstrasse überprüft. Die Stadt möchte nicht in kurzer Zeit am gleichen Ort viele Regimeänderungen vornehmen.

Frage von Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP): Um das Thema Stadtentlastung wurde es sehr ruhig. Wie weit sind hier die Arbeiten fortgeschritten und wann werden wir einen offiziellen Statusbericht erhalten? Auch dieses Thema war ein Traktandum der Spezialkommission 2030.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Auf die Spezialkommission 2030 muss ich nicht mehr eingehen. Im November 2019 hat der Stadtrat den Gemeinderat an einer Informationsveranstaltung und die Bevölkerung mittels einer Medienkonferenz informiert, dass er ein Gesamtbild Agglomeration Frauenfeld erarbeiten will. Dies beinhaltet sämtliche Faktoren der räumlichen Entwicklungsplanung und bildet die Grundlage, um im Rahmen der Agglomerationsprogramme – oder wie von mir schon genannt Bundesprogramme – weitere Bundesgelder für grössere Verkehrsprojekte zu beantragen. Eine Umsetzung einer Stadtentlastung ist für die Stadt und den Kanton aufgrund der sehr hohen Investitionskosten nur mit Beteiligung des Bundes möglich. Stichwort guter Schüler. Dies ist wiederum nur möglich, wenn man zum einen eine gute Abstimmung der Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsplanung in einem neuen Agglomerationsprogramm mit wirkungsvollen Massnahmen nachweisen kann, und zum anderen die bisherigen Massnahmen der Agglomerationsprogramme AP 1, AP 2, also 1. Generation und 2. Generation umgesetzt hat. Das steht mit dem guten Schüler in Zusammenhang. Für ein Letzteres ist vorgesehen, Ende 2021 eine Volksabstimmung über die Umsetzung eines Konzepts der Infrastrukturmassnahmen und Temporegime auf Strassen der Innenstadt, Unterstützung von Bund und Kanton, Massnahmen aus AP 1 und 2 durchzuführen. Mittels Wirkungskontrollen sollen schliesslich die getroffenen Massnahmen überprüft werden. Stellt sich heraus, dass die Wirkung zu klein ist oder sich der Verkehr anders entwickelt, als heute angenommen, kann mittelfristig eine Massnahme wie die zentrumsnahe Stadtentlastung nochmals ins Auge gefasst werden. Ich sage mal eine Jahreszahl. 2032 ist relativ realistisch, wenn wir Geld vom Bund wollen. Sofern es der Gemeinderatspräsident zulässt, werden wir Sie nach der nächsten Gemeinderatssitzung darüber informieren. Wir haben nun ein Jahr lang daran gearbeitet, es kommt ein Bericht daher, Ihnen wird ein Programm vorgestellt, zu welchem Zeitpunkt etwa wir was Ihnen vorstellen wollen. Als ehemaliger Gemeinderat und Befürworter der Stadtentlastung ist es für mich ernüchternd festzustellen, dass dies rein aus Sicht des Gemeinderats erst dann möglich ist. Aus Sicht als Stadtrat und des Gesamtgremiums des Stadtrats hat man sich einer Analyse unterzogen und festgestellt, wie die Mühlen des Bundes laufen. Diese laufen langsamer und diese laufen auch nicht so schnell, wie es Stadtrat Elliker gerne hätte. Aber das ist Politik.

Frage von Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP): Für Velofahrende auf der Zürcherstrasse ist der Abschnitt Murgbrücke zwischen dem Schlosspark und dem Postkreisel gefährlich, weil die Strasse sehr eng ist und kein Radstreifen existiert. Viele bergauf Velofahrende weichen deshalb auf das Trottoir aus und gefährden damit ihrerseits die Fussgänger. Zusätzlich verschärft sich die Situation, wenn Autofahrende auf dem Trottoir vor der Migrosbank parkieren, um noch schnell ihre Bankgeschäfte zu erledigen. Etwas weiter unten auf dem Platz vor der UBS zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch hier wird verbotenerweise kreuz und quer vor und neben der Bank parkiert, was für Fussgänger und Langsamverkehr sehr unangenehm und gefährlich ist. Das Problem besteht vor allem auf der stadteinwärts liegenden, zum Schloss hinaufsteigenden Seite. Hier würde mehr Platz die nötige Sicherheit bringen. Auf der Gegenseite hingegen, vom Postkreisel bis zur Balierestrasse ist das Trottoir unnötigerweise sehr breit und könnte zugunsten des Langsamverkehrs verkleinert werden. In diesem Zusammenhang die folgenden Fragen an den Stadtrat: Sieht der Stadtrat auf diesem Strassenabschnitt Handlungsbedarf? Sind bauliche Massnahmen auf der Murgbrücke geplant? Falls ja, in welchem zeitlichen Rahmen werden diese umgesetzt?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Vorneweg: Da geht es auch wieder um das Gesamte. Es wurde schon verschiedene Male ein Velostreifen ein- oder beidseitig geprüft. Die bestehende Strassenbreite lässt beides ohne Gesamtumbau nicht zu. Im Rahmen einer Strassensanierung der Zürcherstrasse, diese ist im Besitz des Kantons, wird sich der Stadtrat für eine Verbesserung einsetzen. Allerdings wird der benötigte Platz aufgrund der beengten Verhältnisse voraussichtlich zu Lasten des vom Fragenden bezeichneten «unnötig breiten» Trottoirs und somit zu Lasten der Fussgänger gehen. Im Rahmen des Gesamtbilds ist eine Aussage zur Gestaltung des Strassenabschnitts zu erwarten. Da geht es auch wieder um das Gesamtbild. Es geht um diesen Innenstadtpereimeter, der auch schon im November bekanntgegeben wurde und da ist diese Strasse auch beinhaltet.

Frage von Gemeinderat Ralf Frei (SP): Warum können für die Velostation seit Monaten keine Tickets bezogen werden? Wann ist mit einer Besserung zu rechnen und warum wird nicht aktiv informiert?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die Ticketausgabe bei der Velostation wurde kompatibel mit dem Hallenbad und der Kunsteisbahn eingerichtet. Der Zahlungsautomat im öffentlichen Raum hat sich aber nicht bewährt. Er ist störungsanfällig und dem Vandalismus ausgesetzt. Der Werkhof hat sich mit dem jetzigen Hersteller für eine vereinfachte Zahlungsmöglichkeit von Tagesmieten entschieden, die neu mittels Smartphone oder mit Kleingeld möglich ist. Die Abonnemente werden weiter beim Tourismusbüro erhältlich sein. Die Informationen waren immer aktiv an den Zugängen angeschlagen. Diese Thematik hat mich als Stadtrat mehrere Male im Departementsrapport beschäftigt. Das ist nun die daraus entstandene Lösung.

Frage von Gemeinderat Christian Mader (EDU): Compogas Winterthur AG, Geschäftsbericht 2018/2019: Beim Bericht unter «Geschäftstätigkeit Betrieb» Seite 3 wird die Lagerung von Gärgut flüssig erwähnt, dessen Lagerung noch ungelöst ist. Es wird darauf hingewiesen, dass in Uzwil ein Tank gebaut werden soll und sich die Lage deshalb entschärfe. Wird Gärgut flüssig zurzeit von Winterthur nach Uzwil transportiert? Warum Gärgut flüssig extern lagern? Wurde die Lagerungskapazität für Gärgut flüssig in Winterthur vergessen? Wenn ja, wohin gelangt das Gärgut flüssig nach der Lagerung? Wird es noch weiter in der Gegend herumgefugt? Kann unter Berücksichtigung dieser Transportwege von Gärgut flüssig überhaupt noch von einem nachhaltigen Nutzen der Biogasproduktion, zum Beispiel bezüglich CO²-Bilanz gesprochen werden?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Willkommen in der Welt des Gärguts. Es wird aktuell kein Gärgut – oder anders ausgedrückt Presswasser, ein anerkannter flüssiger Biodünger, der bei der Produktion von Biogas entsteht – von Winterthur nach Uzwil transportiert. Somit lautet die Antwort Nein. Beim Bau der Anlage wurden entsprechende Absetzbecken bei der Compogasanlage in Winterthur berücksichtigt. Die meiste Menge Presswasser jedoch wird direkt von der Anlage auf das Feld ausgebracht. Man ist davon ausgegangen, dass das Presswasser während der Wintermonate zu den Landwirten zur Lagerung gebracht und es von dort direkt aufs Feld ausgetragen wird. Dieses hat lange sehr gut funktioniert, zwischenzeitlich haben zahlreiche Gesetze geändert, zum Beispiel muss jetzt im Winter für mindestens fünf Monate Vorhaltezeit vor Ort gelagert werden können. Die dritte Frage kann ebenfalls mit Nein beantwortet werden. Geplant wurde eine stetige Abfuhr durch Lohnunternehmer, deshalb wurde in Winterthur kein grosser Tank gebaut. Der Tank in Uzwil würde hauptsächlich für Uzwil genutzt und in einem absoluten Notfall, also in einem extrem harten Winter könnte Presswasser von Winterthur in Uzwil gelagert werden, bevor es in die Landwirtschaft ausgetragen wird. Es war schon immer das Geschäftsmodell, dort zu lagern, wo es gebraucht wird, also in der Landwirtschaft. Grundsätzlich wird es nur während des Winters bei den Bauernhöfen gelagert, nachher direkt aufs Feld ausgetragen. Dies zur Frage, ob noch weiter in der Gegend herumgefahren wird. Und das Gärgut wird direkt zu den Bauernhöfen geliefert und danach verteilt. Nur in absoluten Kapazitätsengpässen käme die Option der Tanks in Uzwil infrage. Deshalb kann die Frage nach nachhaltigem Nutzen absolut mit Ja beantwortet werden.

Frage von Gemeinderat Pascal Frey (SP): Contracting-Angebot von Thurplus: Die Frauenfelder Werkbetriebe Thurplus haben sich noch vor kurzer Zeit gegen ein eigenes Contracting-Angebot gewehrt. Noch bei der Übernahme des kalten Fernwärmerings hiess es: nicht möglich, da zu komplex. Schön, dass sich dies nun ändert, wie ich vernommen habe. Der Stadtrat hat sich in den Legislatorschwerpunkten ein Wärme-Kälte-Konzept vorgenommen. Dieses ist nun in Arbeit. Ich freue mich darauf. Auch bei den PV-Anlagen sollten direkte Möglichkeiten über Thurplus möglich sein. Eine Möglichkeit, die diskutiert wird, beinhaltet PV-Contracting. Es ist begrüssenswert, wenn für private Investoren die immer noch hohen Hürden beim Erstellen von solchen Anlagen etwas herabgesetzt werden. Eine Abrechnung direkt über den Strom- und Netzanbieter ist deutlich einfacher, als wenn nochmals andere Stellen involviert sind. Es gibt auch sonst noch

genügend Dinge zu beachten, gerade wenn mehr als eine Eigentümerschaft an einem solchen PV-Projekt beteiligt ist. Meine Fragen sind deshalb, welche Contracting-Angebote in Zukunft konkret angeboten werden sollen, wie weit die Projekte fortgeschritten sind und an wen sie sich richten.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Bei Energie- oder Wärme-Contractings bezieht sich der Begriff auf die Bereitstellung bzw. Lieferung von Betriebsstoffen wie Wärme, Kälte, Strom usw. und den Betrieb der zugehörigen Anlagen. Somit plant, baut und betreibt Thurplus die PV-Anlage und die Kundinnen und Kunden beziehen und vergüten den daraus entstehenden Solarstrom. Mit dem Produkt Solarinvest und den beiden neuen Anlagen Turnfabrik, diese ist bereits fertiggestellt, und bei Keller Stahl, die sich in Erarbeitung befindet, bietet Thurplus diese Dienstleistung bereits an. Seit diesem August können Kundinnen und Kunden in Frauenfeld auch 20, 50 oder 100 % ihres Stromverbrauchs direkt ohne die Einmalinvestition mit Solarstrom decken. Diese beglaubigte Produktion/Herkunftsnachweise kauft Thurplus den lokalen PV-Produzenten aus ihren Netzzurücklieferungen, also den Überschüssen ab und bietet es ohne Aufpreis eins zu eins ihren Kunden an. Damit bleiben die lokale Produktion und der erzeugte Mehrwert in Frauenfeld. An weiteren Contracting-Lösungen im Zusammenhang mit der Eigenverbrauchslösung und für Liegenschaften mit mehreren Mietern/Nutzern sind wir an der Arbeit. Wir sind zuversichtlich, im kommenden Frühjahr erste Pilotprojekte auch im Bereich Wärme angehen zu können.

Frage von Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP): Gemäss Budget für das Jahr 2020, Register 6 Investitionen ist ein Gesamtkonzept für die Freizeit- und Sportanlagen geplant. Wie ist der Projektstand und wurde das Budget eingehalten? Wer ist für dieses Projekt verantwortlich?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Danke für diese Frage. Es ist eine von drei Fragen. Ich werde jede etwas anders beantworten und hoffe aber, der Inhalt ist ungefähr derselbe. Der Projektstand entspricht nicht dem Gewünschten. Warum? Aufgrund der personell schmalen Personaldecke beim Amt für Freizeitanlagen und Sport konnte dieses Projekt nicht wunschgemäss vorangetrieben werden und die Kapazitäten für die Corona-Bewältigung und das Projekt Hallenbadbau haben schlichtweg die personellen Engpässe spürbar gemacht. Die Ausschreibung der neuen Mitarbeitenden zur Erarbeitung der Liegenschaftsstrategie, welche dieses Projekt als erstes hätten aufnehmen sollen, verzögerte sich COVID-bedingt ebenfalls. Im Budget 2021 ist in diesem Zusammenhang ein Betrag für die Erstellung einer Bedarfsanalyse bei allen Vereinen enthalten. Danach sollen mit den anderen Sportinfrastrukturanbietern auf dem Platz Frauenfeld – ich erinnere, wir sind nur ein kleiner Player, es geht um die Schulen, die Kanti und das Militär – der Bedarf aufgezeigt und den weiteren Planungen durch das Personal der neuen Liegenschaftsverwaltung das nötige Fundament gegeben werden.

Frage von Gemeinderat Christoph Regli (CVP): Im November werden wir als Stimmbürger des Kantons über zwei übereinanderliegende Schulturnhallen abstimmen. Dies, weil die alte Militärsporthalle abgebrochen werden müsse. Der Kanton hat also seine Aufgabe erfüllt. Deshalb war ich im Juni im Kantonsrat auch praktisch allein mit meiner Nichtzustimmung und meinem Votum, dass zwei Hallen nicht aufeinander stehen sollten, wenn sie auch nebeneinander Platz hätten und so die nötigen Ausmasse für Mannschaftssportarten wie Handball, Basketball oder Unihockey etc. hätten, wenn sie verbunden sind. Daraus ergeben sich für mich nun folgende Fragen: a) Geht der Stadtrat davon aus, dass er durch Rochaden mit anderen Vereinen in die dannzumal zwei kleinen Hallen den Vereinen mit Grossflächenbedürfnis die nötigen Kapazitäten zur Verfügung stellen kann? b) Falls nein, welche Gedanken macht er sich zur Erstellung einer zusätzlichen Sporthalle mit den nötigen Massen? c) Auf welche Zeitpunkte rechnet der Stadtrat mit c1) dem Abbruch der alten Militärsporthalle, c2) der nicht mehr zivil nutzbaren Auenfeld-Halle, c3) der Schliessung der Festhalle? Und d) Welche grossflächigen Sporthallen müssen wegfallen, bis der Stadtrat Probleme sieht, für deren Lösung er sich mindestens mitverantwortlich fühlt und dann lieber vorgängig Lösungsvorschläge hätte?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Besten Dank für die weitere Frage betreffend die Sportanlagen. Wir beziehen uns auf die Antwort der vorhergehenden Frage 20. Erst eine saubere Bedarfsanalyse und Optimierung der Zuteilung mit allenfalls neuen Kriterien für die Zuteilung von Sportinfrastruktur und allenfalls Flexibilität bei allen Anbietern von Turnhallen ergibt eine abschliessende Antwort. Aber ja, Rochaden bei der Zuteilung von Turnhallen werden nötig sein. Zur Frage b: Laut angedacht ist die Erstellung einer Trainingshalle mit genügend Fläche für Sportarten mit Bedarf an ein Grossfeld, also Sportarten wie zum Beispiel Unihockey, Basketball oder Handball, die nicht in einer Einzelhalle trainiert werden können. Zur Frage c: Die alte Militärsporthalle MZH sollte in ein paar Jahren – und verzeihen Sie mir, dass ich mich da nicht auf die Äste hinauslasse bezüglich Jahrangaben – von der armasuisse ins Baurecht der Stadt übergehen. Was danach mit dieser maroden Liegenschaft passiert, ist noch Sache der Planung, sprich Murgbogen. Nach dem Ausbau der Kaserne Auenfeld wird die zivile Nutzung gemäss mündlichen Aussagen der Armeeverantwortlichen unter der Woche eingeschränkt sein. Und um die Schliessung der Festhalle mache ich mir im Moment keine Sorgen, diese wird in den nächsten zehn Jahren wohl keiner anderen Nutzung zugeführt. Zur abschliessenden Frage d: Der heutige Stadtrat ist das Thema bereits angegangen, möchte das Thema proaktiv angehen. Mit der Bedürfnisermittlung unter Miteinbezug des kantonalen Sportamts soll aufgezeigt werden, woran es heute schon und in Zukunft fehlen wird. Diese Arbeit muss mit allen Hallenanbietern auf dem Platz Frauenfeld erfolgen. Weil die Stadt in dieser Runde der kleinste Player ist, ist alles Sache der Stadt, wie zum Beispiel in anderen Städten, welche auch auf private Initiative Hallen gebaut haben. Ein solcher Vorschlag wird auch ebenfalls laut diskutiert und wir werden dieses Projekt selbstverständlich eng begleiten.

Frage von Gemeinderat Claudio Bernold (FDP): Mit dem Neubau des Hallenbads wird eine der städtischen Sportanlagen modernisiert und auf den aktuellen Stand gebracht. Nebst der Badi sind aber auch andere Sportanlagen mittlerweile in die Jahre gekommen. So scheinen die Leichtathletikanlage und die Eishalle auf der Kleinen Allmend auch nicht mehr jahrzehntelang ohne Sanierung überleben zu können. Zudem ist die einzige Mehrzweckhalle in Frauenfeld, die Rüegerholzhalle, kaum mehr für aufwendige Veranstaltungen geeignet. Wie sieht die Planung des Stadtrats in Bezug auf die städtischen Sportanlagen aus? Gibt es ein Sportkonzept, welches die zeitliche und finanzielle Planung beinhaltet? Wenn nein, warum nicht?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Besten Dank für die dritte Frage in diese Richtung. Man sieht, das Thema brennt auch Ihnen unter den Nägeln. Die Antwort möchte ich eigentlich basierend auf den Antworten an Gemeinderätin Zahnd respektive Gemeinderat Regli geben. Sie stützt sich auch auf das Budget 2021. Wir sind verpflichtet, als saubere Basis erst eine Bedarfs-ermittlung bei allen Nutzenden und Vereinen zu erstellen, eine aktuelle Ermittlung zu machen und darauf basierend durch die neuen Mitarbeitenden im Hochbauamt das Sportanlagenkonzept zu erstellen. Dieses Konzept wird im kommenden Jahr eine ihrer ersten Aufgaben sein.

Frage von Thomas Gemperle (SVP): Vorgänge Nachtragskredit Vorprojekt Hallenbad: Zu welchem Zeitpunkt hat der Stadtrat erfahren, dass für das Vorprojekt für das Hallenbad ein Nachtragskredit nötig sein wird und warum wurde der Gemeinderat nicht früher eingeschaltet? Waren sich Stadtrat und Planer bewusst, was ein Nachtragskredit ist und wann dieser beantragt werden muss? Begründung: Die Verordnung des Regierungsrats über das Rechnungswesen der Gemeinden definiert in Art. 33 einen Nachtragskredit wie folgt: «Zeigt sich vor oder während der Beanspruchung des Budgetkredits, dass der bewilligte Betrag nicht ausreicht, muss die Exekutive vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen einen Nachtragskredit anfordern.» Offenbar hängen die Honorarkosten des Vorprojekts von den Baukosten ab. Zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen doch Planer und Stadtrat gemerkt haben, dass sich das Projekt eher auf die 40 Mio. Franken zubewegt und es zu grösseren Überschreitungen kommen wird. Zu diesem Zeitpunkt hätte der Gemeinderat eingeschaltet werden müssen.

Fabrizio Hugentobler (FDP): Der Stadtrat hat im Juni erstmals von den ermittelten und verifizierten Kosten des Hallenbadprojekts erfahren. Zu diesem Zeitpunkt erarbeitete die Planungs-

kommission aufgrund der Grosswetterlage den Zahlenteil für die Botschaft und glich die errechneten Zahlen mit den durch ein Drittbüro verifizierten Kosten ab. Zu diesem Zeitpunkt hatten schon alle Fachplaner und Ingenieure ihre Leistung gemäss SIA-Verträgen erbracht, welche sich direkt auf das Honorar auswirken. Ohne Leistung der Fachplaner konnte keine Kostenschätzung abgegeben werden und über deren Vertragswerke habe ich mich schon bereits erklärt. Nach drei Lesungen im Juni und Juli verabschiedete der Stadtrat am 14. Juli die Botschaft an den Gemeinderat mit dem Antrag für den Nachtragskredit. Der Stadtrat hat, als die Kosten bekannt und geprüft waren, unmittelbar reagiert, ist keine neuen Verpflichtungen eingegangen und hat mit der Botschaft an den Gemeinderat auf die nächstmögliche Sitzung den Antrag für den Nachtragskredit beantragt. An den Mehrausgaben für die Planer konnte gar nicht mehr gerüttelt werden, weder durch den Stadtrat noch durch den Gemeinderat.

Frage von Gemeinderat Sandro Ern  (FDP): Das Aussenfeld der Kunsteisbahn Frauenfeld kommt seit der Eröffnung im Jahr 1972 fast gleich und mittlerweile verlottert daher, und die Nutzungsdauer des Aussenfelds ist für die vielen Vereine und Eissportbegeisterten in und um Frauenfeld jeweils erst sehr spät – Mitte Oktober – möglich. Wann gedenkt der Stadtrat, eine einfache, kostengünstige Überdachung mit Windschutz zu erstellen, damit dem deutlich gestiegenen Eisbedarf der Vereine wie auch der Reduktion des Energiebedarfs Rechnung getragen werden kann?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Besten Dank für die Frage zu einer weiteren Sportanlage. Entschuldigen Sie die Eintönigkeit, wenn da immer der Gleiche antwortet. Ich möchte die Antwort so geben: Der Bedarf für ein Aussenfeld ist sicher ausgewiesen, ich würde dieses aber nicht unbedingt als verlottert bezeichnen. Immerhin wurden erst vor gut fünf Jahren die Banden ersetzt. Aber bezüglich Wetterunabhängigkeit und Verbesserung der Energiebilanz ist in der Investitionsplanung des kommenden Budgets eine Überdachung des Aussenfelds bereits eingestellt. Es ist dafür ein Betrag von 3 Mio. Franken vorgesehen, der nicht nächstes Jahr, aber in den kommenden Jahren investiert werden soll. Aber ich mache nochmals aufmerksam auf die komplette Machbarkeitsstudie über die ganzen Sportanlagen hinweg.

Frage von Gemeinderat Pascal Frey (SP): Mit Freude haben wir vor ziemlich genau einem Jahr die Beantwortung der einfachen Anfrage von Christa Zahnd und Christoph Keller zur zusätzlichen Unterstützung der Frauenfelder Vereine gelesen. Damals ging es um die Erhöhung der Beiträge für Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren. Seit diesem Jahr erhalten die Vereine für die rund 1300 anspruchsberechtigten Jugendlichen statt 35 Franken nun 40 Franken. Für die SP, deren Arbeitsgruppe Schule plus und auch für mich bleibt die Frage offen, weshalb die Vereine für Unterstufenschülerinnen und Unterstufenschüler keine Unterstützung erhalten. Jugend & Sport, das Sportförderwerk des Bundes, kennt seit 2009 eine Unterstützung für Kinder ab fünf Jahren. Die Beantwortung der einfachen Anfrage hat die wichtige Aufgabe der Vereine bereits erwähnt. Weiterhin gilt, die Frauenfelder Sport- und Kulturvereine fördern Kinder und Jugendliche in ihrer Eigeninitiative und Kreativität und leisten zudem wichtige Integrationsarbeit, insbesondere in Zeiten, wo die Eigeninitiative von Kindern und Jugendlichen durch all die elektronischen Unterhaltungsmöglichkeiten stark konkurrenziert wird. Deshalb verdienen sie sehr gute Rahmenbedingungen, die sie in ihrer kompetenten Betreuung von Kindern und Jugendlichen unterstützen. In den Vereinen wird sehr viel hochwertige Fronarbeit geleistet. Wir fragen den Stadtrat deshalb an, ob er sich vorstellen könnte, den Frauenfelder Vereinen auch für Kinder ab fünf Jahren den Betrag von 40 Franken zukommen zu lassen. Gemäss Abklärungen des Amtes wären es maximal 300 bis 400 Kinder, die zusätzlich beitragsberechtigt wären. Es kann also mit Mehrkosten von ca. 14'000 Franken gerechnet werden. Eine Investition, die sich unserer Meinung nach mehrfach lohnt.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Zum Abschluss meiner Redezeit eine kurze und knackige Antwort: Ja, er kann es sich vorstellen. Sie haben es in der Budgetberatung in der Hand. Einige Gedanken dazu: Früher lag das J&S-Alter bei zehn Jahren und daran hat man sich auch bei der Stadt Frauenfeld lange orientiert. Deshalb ist es nach dem Wechsel bei J&S in 2009 nicht

angepasst worden. Wir können es uns sehr gut vorstellen, alle Vereine, welche Kategorien unter 10 Jahren betreiben oder Trainings für diese Kinder anbieten, auch zu unterstützen, weil auch diese Kinder in der Praxis sehr seriös unterstützt werden. Also aus unserer Sicht: Ja, das ist möglich. Wir haben uns aufs Sparen eingestellt, aber Sie haben es in der Hand, dies zu ändern.

Frage von Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP): COVID-19 führt zu menschlichem Leid und zu schweren wirtschaftlichen Schäden. Politiker/innen wird vorgeworfen, dass sie zu spät reagiert und zu spät Massnahmen ergriffen hätten. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, die Bevölkerung der Stadt Frauenfeld zusätzlich zu sensibilisieren und letztlich zu schützen?

Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP): Es ist die letzte Frage heute Abend und schön wäre es, es wäre bald fertig. Aber ich bitte um etwas Geduld, dass meine Antwort etwas länger ausfällt angesichts der doch sehr ernsten Lage.

Der Frauenfelder Stadtrat hat seit Ende Februar verschiedene Corona-Massnahmen getroffen. Wir haben darüber auch berichtet und die Frauenfelder Bevölkerung in hoher Kadenz informiert und sensibilisiert. Auf der städtischen Homepage ist seit Februar die Kachel Corona-Virus aktiv, es gab viele Medienmitteilungen, am 17. März eine Videobotschaft des Stadtpräsidenten, die über 15'000 Mal aufgerufen wurde. Und wir sind mit persönlichen Schreiben an alle über 65- bzw. über 75-Jährigen gelangt. Das Angebot der Nachbarschaftshilfe wurde innert weniger Tage massiv hochgefahren und von der Bevölkerung auch genutzt. Die Botschaft des Stadtrats war immer die gleiche: Haltet euch an die BAG-Vorgaben, habt Respekt vor dem Virus, geratet aber nicht in Panik, zeigt Solidarität mit vulnerablen Personen, lebt auf Corona-konforme Art weiterhin das Miteinander. Wir meinen, dass unsere Botschaft bei der Bevölkerung angekommen ist und wir haben nach unserem Verständnis auch als Vorbild gewirkt. Wir leben in einem freien demokratischen Land und setzen auf Eigenverantwortung. Dieses eigenverantwortliche Handeln ist zugegebenermassen schwierig, wenn seit Aufhebung der ausserordentlichen Lage kein Mr. Corona mehr jeden Tag am TV sagt, was zu machen ist und nicht mehr der Bundesrat, sondern X Kantonsregierungen eigene Massnahmen empfehlen und in den Medien jeder den für ihn passenden Experten findet. Wir haben jetzt gesehen, dass der Bundesrat heute wieder einmal ein wenig Klartext gesprochen hat. Aber wir haben in Frauenfeld, um die Stadt auch lebendig zu erhalten, rasch wieder Anlässe und Veranstaltungen durchgeführt, das Hallen- und Freibad geöffnet. Das ist für unsere städtischen Mitarbeitenden für die Erarbeitung und Umsetzung der Schutzkonzepte immer mit einem erheblichen Zusatzaufwand verbunden. Und ich glaube, wer in Frauenfeld unterwegs ist, der stellt fest, dass die Bevölkerung dies alles wahrnimmt und auch eigentlich recht gut eigenverantwortlich handelt.

Der Kanton hat, nachdem wir einige Male interveniert haben, nun einen Lagebericht präsentiert, erstmals am 19. Oktober und gestern zum zweiten Mal. Einen Lagebericht mit Zahlen pro Bezirk und aktualisiert auch auf der Homepage nun die Statistik immer auch nach Bezirk. Es ist uns schon klar, reine Fallzahlen sind nicht das Matchentscheidende. Matchentscheidend ist ja, wie es in den Spitälern aussieht, wie es in den Pflegeheimen aussieht. Gestern hatte der Stadtrat ein Treffen mit der Direktion des Spitals Frauenfeld. Die Zahlen der Hospitalisationen machen also schon Sorge. Es sind längst nicht mehr nur junge Menschen, die sich im Thurgau anstecken, im laufenden Monat Oktober sind fast doppelt so viele Personen mit COVID-19 im Spital Frauenfeld eingetreten als im März. Und sie sagen uns, der November kommt ja dann auch noch. Und wir sehen ja die Zahlen. Irgendwie gibt es da auch den Zusammenhang, die Zahlen werden in Frauenfeld steigen und wir sind da schon im März/April besorgt gewesen und sehen es auch jetzt wieder, wir wollen nicht, dass im Spital eine Überforderung passiert. Aber ich habe es gesagt, es gibt nun den kantonalen Lagebericht mit aktuellen Statistiken. Sie wissen alle, Risikoland war einmal eines, das mehr als 60 Infektionen je 100'000 Einwohner in den letzten 14 Tagen hatte, und wir in der Schweiz standen ja mal gut da. Am 7. Oktober hatten wir im Thurgau 30 Fälle je 100'000 in den letzten 14 Tagen. Am 12. Oktober waren es 70 und vorgestern hatten wir 368 Fälle im Thurgau. Das sind also zehn Mal mehr in drei Wochen. Das ist eben das, was man exponentielles Wachstum nennt. Die Fälle sind aber im Kanton unterschiedlich verteilt. Umgerech-

net auf 100'000 Einwohner haben die Bezirke Kreuzlingen und Frauenfeld in den letzten 14 Tagen weit tiefere Fallzahlen als die ländlich geprägten Bezirke Arbon, Münchwilen und Weinfelden. Und wir schliessen daraus, dass unsere städtische Bevölkerung verhältnismässig gut sensibilisiert ist und die Massnahmen verhältnismässig gut umsetzt. Und das muss auch so bleiben. Gesundheit ist sicher unser höchstes Gut, aber gesund ist nicht nur, wer nicht krank ist, Gesundheit ist eben ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens, nicht nur das Fehlen von Krankheit und Gebrechen. Wir müssen uns daher gerade auch langfristig und soweit es uns möglich ist für soziales und wirtschaftliches Wohlergehen unserer Bevölkerung einsetzen. Entsprechend hat ja der Stadtrat auch in der Beantwortung der einfachen Anfrage Auswirkungen des Lockdowns und in der Botschaft zum Fonds «COVID-19» Aussagen und konkrete Massnahmen zur Linderung der wirtschaftlichen Folgen unterbreitet. Zudem finden Personen in persönlichen Notlagen sowohl unkomplizierte und niederschwellige Beratung bei den Sozialen Diensten als auch Begleitung und Gespräche bei längerer Arbeitslosigkeit und finanziellen Schwierigkeiten.

Die Zusammensetzung der Task-Force ist auf der Homepage bei uns auch schon lange publiziert, beim Kanton muss man lange suchen, wie die Pandemiegruppe zusammengesetzt ist. Die Task-Force der Stadt hat umfangreiche Massnahmen auch immer wieder freigegeben, um die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen, damit diese ihre Aufträge und Aufgaben bestmöglich wahrnehmen können und auch Vorbildfunktion leben können. Es ist schon klar, wir sind ein freies Land, demokratisch und alles, aber die persönliche Freiheit hört halt dort auf, wo die Freiheit von anderen tangiert ist. In dem Sinn liegt uns der Schutz der verletzlichen und älteren Bevölkerung am Herzen. Da liegt das Augenmerk darauf, was in unserer Macht liegt. Schutzmassnahmen setzen wir wirklich konsequent um. Dem Stadtrat war es aber immer ein Anliegen, schon während des Lockdowns, dass sich Kinder und Jugendliche draussen bewegen können, dass die Spielplätze offenbleiben, dass Pumptrack, Skate-Park offenbleiben. Ich glaube auch, dass Kinder und Jugendliche wissen, was passiert, wenn man sich nicht an die Abstände hält, dass dann die Sachen geschlossen werden müssen. Gegen unseren Willen, aber weil es nicht mehr anders geht. Wir wollen auch, dass Frauenfelder mit einem guten Gefühl in Frauenfelder Restaurants einkehren können, dort essen gehen können. Hier ist natürlich die Gastronomie selber gefordert, wir haben aber seitens Stadt zusätzliches Personal beauftragt, um das zu kontrollieren. Oder im Alterszentrum Park sind wir eigentlich immer strikter gewesen, als die Vorgaben waren. Wir haben eine sehr strikte Eingangskontrolle mit Temperaturmessung und Maskenkontrolle. Heute wurde ich angehauen, die Maske sei falsch herum an, bis sie gemerkt haben, dass meine Maske ja auf der einen Seite ein wenig hellblauer als auf der anderen Seite ist. Die Maske, die ich heute habe, wird im AZP nicht akzeptiert. Also sind wir auch überall sehr strikt und wir haben auch das Restaurant manchmal mit Protesten für die Öffentlichkeit nie geöffnet. Die Maskenpflicht setzen wir in den öffentlichen Gebäuden mit einem Lächeln um. Ich weiss nicht, ob Sie die Plakate gesehen haben. Nicht alles nur Pflicht. Wir werden das über Wochen und Monate hinweg mit einem Lächeln umsetzen dürfen und wir sind überzeugt, dass das eine sinnvolle Massnahme ist. Ausgeweitete Maskenpflichten wollen wir auch mit einem Lächeln umsetzen, da wird der Stadtpräsident in Ergänzung zu mir dann nachher noch etwas sagen. Ich möchte einfach hier sagen, wir hatten einen wunderschönen Sommer, sehr schönes Wetter, im Herbst haben hoffentlich viele von Ihnen auch noch Ferientage genossen, Energie getankt, um nun durch den Winter zu kommen. Wir gehen davon aus, dass uns bis im Frühsommer 2021 schwierige Monate bevorstehen, aber wir schaffen das in Frauenfeld.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich erlaube mir, hier gleich anzuschliessen. Heute Nachmittag um 16.15 Uhr war die Medienkonferenz des Bundesrats. Wir haben diese in der Task-Force der Stadt Frauenfeld aktiv mitverfolgt, um zu sehen, was das für Massnahmen sind, die auf uns zukommen, die beschlossen worden sind. Die wichtigsten Massnahmen für die Mitarbeitenden, Maskenpflicht auch in Büros, wenn kein Einzelbüro vorhanden ist, werden wir selbstverständlich umsetzen. Aber das, was Sie interessieren dürfte, ist, wie wir mit der Maskenpflicht im öffentlichen Raum umgehen, die der Bundesrat ebenfalls angekündigt hat, dass man diese jetzt umsetzen solle. Er hat das allerdings auch präzisiert. Er hat gesagt, in den Dorf- und

Stadtzentren, also dort, wo aufgrund der Häufung von Restaurants, Läden, Einkaufsgeschäften usw. viele Leute zusammenkommen. Wir haben den Rayon festgelegt zwischen Promenade und Bahnhof und hinunter bis zum Kreuzplatz. Wir werden das morgen so bearbeiten, dass wir die Bevölkerung auch entsprechend informieren können, damit Sie wissen, wo die Maskenpflicht auch im Aussenraum gilt. Die Maskenpflicht im Aussenraum gilt im Übrigen auch ausserhalb von Restaurants und gerade ausserhalb von Läden. Also sie wird auch zum Beispiel im Langdorf oder wo auch immer die Heimwerker und die Spezialeinkaufsläden sind, auf dem Parkplatz usw. gelten. Aber wir haben hier jetzt noch ein Gebiet im Stadtzentrum ausgeschieden, wo die Maskenpflicht gilt und wo wir auch entsprechend darauf hinweisen werden. Elsbeth Aepli hat angetönt, dass wir personell auch schauen. Wir haben die Gastrobetriebe bereits in der Vergangenheit angeschrieben, wir werden sie wiederum anschreiben mit den neuen Regeln und wir haben im Amt für Sicherheit auf Stundenbasis eine Person, die ehemals Polizist war, angestellt, die diese Kontrollen bei den Gastrobetrieben aktiv durchführen wird, sodass wir das, was wir unsererseits seitens der Stadt machen können, auch durchziehen. Andererseits muss das gesellschaftliche Leben weitergehen, das ist uns wichtig, da werden wir die Schutzkonzepte wie Veranstaltungen bis 50 Personen oder auch bei den Gastrobetrieben anschauen. Weihnachtsmarkt ist noch möglich, der Bundesrat hat nichts Anderes gesagt, aber da werden wir sicher strenge Schutzkonzepte fordern und die entsprechend auch kontrollieren wollen. Nichtsdestotrotz es soll stattfinden. Wir haben vorgestern für morgen eine Veranstaltung abgesagt, weil diese 50er-Zahl ja bekannt geworden war. Die 50er-Zahl gilt im Übrigen auch für Kirchen und Gottesdienste. Wir werden schauen, dass wir dort, wo wir Veranstaltungen machen, die ein Publikum von mehr als 50 Personen anziehen könnten, minimieren, begrenzen oder absagen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Somit haben wir alle Fragen gestellt und beantwortet gekriegt. Ich danke allen Fragenden für ihre Beiträge zu dieser Fragestunde. Ebenfalls möchte ich mich beim Stadtrat und seinen Mitarbeitenden für die viele Arbeit, welche sie zur Beantwortung der Fragen auf sich genommen haben, bedanken.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 18. November 2020 um 18 Uhr statt. Ich freue mich auf das Gesuch von Stadtrat Elliker für die Informationsveranstaltung anschliessend an die Novembersitzung. Mein Dank geht im Allgemeinen an die Stadtkanzlei, das Team von Giuseppe D'Alerio für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Sitzung somit für geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20:00 Uhr

* * *